

## Niedersachsen kämpft gegen Geldautomatensprengungen: Neue Gesetze in Sicht

Niedersachsen unterstützt die neuen Pläne für härtere Strafen gegen Geldautomatensprenger. Innenministerin Behrens betont die Notwendigkeit effektiver Abschreckung.

Niedersachsen zeigt Engagement im Kampf gegen Geldautomatensprengungen, die seit Jahren eine zunehmende Bedrohung für die öffentliche Sicherheit darstellen. Die Pläne der Bundesregierung, die härtere Strafen für Täter vorsehen, könnten hierbei einen entscheidenden Schritt zur Bekämpfung dieser Kriminalität darstellen.

### Erhöhte Strafen als Abschreckung

Die Innenministerin Niedersachsens, Daniela Behrens (SPD), hat sich für die neuen Gesetzesvorschläge ausgesprochen, die von der Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und dem Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) vorgestellt wurden. Diese beinhalten unter anderem eine Mindeststrafe von zwei Jahren Haft für Geldautomatensprenger. Unter bestimmten Umständen könnten die Strafen sogar zwischen fünf und 15 Jahren liegen. Behrens bezeichnete die Vorgehensweise der Täter als „skrupellos und rücksichtslos“, da sie nicht nur den finanziellen Schaden verursachten, sondern auch das Leben Unbeteiligter gefährden könnten.

### Der Anstieg der Geldautomatensprengungen

Die Zahlen für Geldautomatensprengungen sind alarmierend: Im Jahr 2022 erreichten diese bundesweit einen neuen Höchststand seit Beginn der Erhebungen im Jahr 2005. Niedersachsen hingegen konnte eine rückläufige Tendenz verzeichnen, was größtenteils der effektiven Arbeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Osnabrück zugeschrieben wird. Justizministerin Kathrin Wahlmann (SPD) hebt die Vorbildfunktion dieser Behörde hervor, die in der Zusammenarbeit mit der Polizei entscheidend zur Verringerung der Kriminalität beigetragen hat.

## **Schutz der Zivilbevölkerung**

Mit den neuen Maßnahmen der Bundesregierung wird zudem die Überwachung von Verdächtigen erleichtert, was möglicherweise zu einer schnelleren Identifizierung und Festnahme der Täter führen könnte. Behrens äußerte, dass diese härteren Gesetze keinerlei Kompromisse in der Sicherheitslage der Bürger erlauben dürften. Die Strafen sollen eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Straftäter haben und die verängstigte Zivilbevölkerung schützen.

## **Die Rolle der lokalen Behörden**

Die Initiative zur Verschärfung der Gesetze entsteht nicht nur aus der Bundesebene, sondern ist auch ein Ergebnis der guten Zusammenarbeit zwischen den Justiz- und Polizeibehörden auf Landesebene. Niedersachsen hat bereits Fortschritte gemacht, und Experten hoffen, dass die neuen Gesetzentwürfe zusätzliche Mittel bieten werden, um die zumeist organisierten Tätergruppen zu zerschlagen.

## **Ausblick auf die Umsetzung**

Mit den geplanten Änderungen in der Gesetzgebung steht Niedersachsen an der Spitze eines wichtigen bundesweiten Trends, der eine intensivere Bekämpfung von Kriminalität und

eine stärkere Absicherung der Bürger zum Ziel hat. Die kommenden Monate dürften entscheiden, wie sich die Situation weiterentwickelt und ob die verstärkten Maßnahmen die gewünschte Wirkung zeigen.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**